

SH Schleswig-Holstein

NW Nordrhein-Westfalen

Volksinitiative überzeugt Bündnis für inklusive Bildung

Die Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum des SoVD Schleswig-Holstein und des Mieterbundes ist weiter auf einem sehr guten Weg. Anfang Juli hatten rund 17.000 Bürgerinnen und Bürger per Unterschrift ihre Solidarität dokumentiert.

Unter großem Medienaufgebot zogen die SoVD-Landesvorsitzende Jutta Kühl und ihr Stellvertreter Sven Picker sowie Jochen Kiersch und Heidrun Clausen vom Mieterbund eine Zwischenbilanz der Volksinitiative. Auch Kiels Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer und der Sozialstadtrat Gerwin Stöcken (beide SPD) trugen sich in die Unterschriftenliste ein.



Unterstützung für die Volksinitiative: Dr. Ulf Kämpfer (li.) und Gerwin Stöcken (re.) mit der SoVD-Landesvorsitzenden Jutta Kühl und dem Kieler Kreisvorsitzenden Alfred Bornhalm.

Auf einer gut besuchten Pressekonferenz im Düsseldorfer Landtagsgebäude hat sich das neue „Bündnis für inklusive Bildung in Nordrhein-Westfalen“ vorgestellt, an dem auch der SoVD NRW beteiligt ist. Es besteht aus insgesamt 36 verschiedenen Organisationen und ist damit sehr breit aufgestellt.

Das Bündnis kündigte an, die Schulpolitik der Landesregierung genau zu beobachten. Mit Blick auf die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention seien die bisherigen Aktivitäten völlig ungenügend. Vorgebracht wurde diese Kritik von Dorothea Schäfer (Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), Nikita Grünwald (Vorstand der Landeschüler*innenvertretung) und Bernd Kochanek (Inklusionsfachverband „Gemeinsam Leben, Gemeinsam Lernen NRW e.V.“).

Zusammen forderten sie einen konkreten Maßnahmen- und Stufenplan, der das lückenhafte und zum Teil qualitativ unzureichende Angebot des gemeinsamen Lernens



V. li.: Nikita Grünwald, Bernd Kochanek, Dorothea Schäfer und Dr. Tobias Blasius (Leiter der Landespressekonferenz).

in ein inklusives Schulsystem umwandelt. Nötig seien unter anderem mehr Personal, mehr Fortbildungsmaßnahmen und eine bessere Ausstattung an den Schulen in NRW, damit

Förderschulen im Gegenzug abgebaut werden können: Gemeinsames Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung müsse selbstverständlich werden.

Titelgeschichte „Das Recht auf gutes Wohnen“ – SoVD-Mitglieder schildern ihre Erfahrungen

„Das Wort ‚sozial‘ können wir streichen“

In der Ausgabe Juli/August der SoVD-Zeitung berichteten wir über die Schwierigkeiten, überhaupt noch bezahlbaren Wohnraum zu finden. In diesem Zusammenhang haben wir Sie darum gebeten, uns Ihre Erfahrungen mitzuteilen. Wir bedanken uns bei allen, die unserem Aufruf gefolgt sind. Hier sind (in Auszügen) einige der Zuschriften, die uns erreicht haben.

Unser Mitglied Maren Clara Ben Ammar guckt besorgt in die Zukunft:

Es ist allen bekannt, dass die Wohnraumsituation in Großstädten wie Hamburg dramatisch ist, aber dass die Renten, besonders für Rentner mit einer geringen Rente (weniger als 700 Euro), nicht jedenfalls in gleicher Höhe wie die Mieten ansteigen, ist für einen der reichsten Sozialstaaten, wie Deutschland es (noch) ist, absolut beschämend. Das Wort „sozial“ können wir getrost streichen und durch „unmenschliche Marktwirtschaft“ ersetzen, das wäre jedenfalls ehrlicher! (...) Wohin soll das noch führen und was droht mir, wenn auch meine Wohnung und die Hausfassade saniert

werden? Es ist ja jetzt schon nur noch mit einem schlecht-bezahlten Minijob zu schaffen. (...) Wofür habe ich mich jahrzehntelang im Schichtdienst in meinem Pflegeberuf überhaupt abgeschuftet, um zum Sozialfall zu werden?

Karin Oldenburger würde gerne umziehen, kann sich das jedoch schlicht nicht leisten:

Ich bin chronisch krank, schwer- und gehbehindert und lebe in einer 43 qm großen Oberwohnung in Emden. Meine Probleme: Meine Waschmaschine und Mülltonnen stehen im Keller, das Treppenhaus hat eine einer Wendeltreppe ähnliche Treppe und die Wohnung ist nicht behindertengerecht und hat aufgrund

des Alters hohe Nebenkosten. Ich suche eine Wohnung in Aurich, um näher bei meinen behandelnden Ärzten und Therapeuten und meiner Familie zu sein. Doch selbst im weiteren Umkreis ist es zur Zeit utopisch, eine Wohnung zu finden.

Da ich von Grundsicherung lebe, stehen mir im Monat etwa 300 Euro Kaltmiete zur Verfügung (plus etwa 50 Euro für Wasser und Heizung). Die Kaltmieten liegen aber schon durchschnittlich bei etwa 400 bis 450 Euro – auch „auf dem Land“, wie Sie in Ihrem Artikel geschrieben haben.

Petra Frerichs ist mit ihrer Wohnsituation zufrieden, sieht gerade im ländlichen Bereich aber Defizite bei der Infrastruktur:

Ich lebe mit meiner Familie in einem kleinen Dorf an der Nordsee. Die Grundstücke sind auf dem Dorf für Familien finanzierbarer als in der Stadt. Aber ohne Auto geht hier gar nichts! Die Kinder müssen zu Freunden gefahren werden. In den Dörfern gibt es keine Ein-

kaufsmöglichkeit. Dazu muss man einige Kilometer in den nächstgrößeren Ort fahren. Auch zur Arbeit beträgt der Fahrweg mindestens 20 km. Der öffentliche Nahverkehr ist hier schlecht ausgebaut und

Das Titelthema der vergangenen Ausgabe führte zu zahlreichen Zuschriften.

unzuverlässig. Das schränkt vor allem den Schulbesuch der Kinder ein. (...) Auch für Arztbesuche, Physiotherapien, Theaterbesuche, Freizeitgestaltung, Musikunterricht und Schwimmbad müssen lange Wege mit dem Auto zurückgelegt werden.



Fotos: bluedesign, Richard Villalon, Pete Pahham, Peter Atkins/fotolia; Montage: SoVD

Wohl dem, der eine bezahlbare Wohnung hat. Gerade für Menschen mit geringem Einkommen, etwa bei Grundsicherung, wird Wohnen immer mehr zum Luxus.